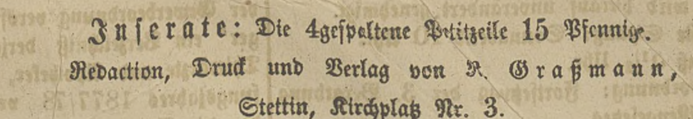
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 19. Oktober 1878. Nr. 490.

Deutscher Reichstag.

15. Plenarsitzung vom 18. Oktober.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Graf zu Eulenburg, Abeken, v. Fries u. A.

Tagesordnung: Dritte Lesung des Sozialistengesetzes.

In der Generaldebatte erhielt das Wort zunächst Abg. Frhr. von Schorlemer-Alst: M. H. Ich befinde mich noch immer unter dem Eindruck der Verhandlungen des 9. und 10. d. M., unter dem Eindruck der Reden des Herrn Reichskanzlers und des Herrn v. Bennigsen, die uns diese Regierungsmajorität geschaffen haben. Diese Majorität besteht aus 3 Parteien, die zwar jede für sich ihre Selbstständigkeit festhalten, aber doch mit der Regierung zusammengehen wollen. Wo der Einigungspunkt liegt, ist für mich keine Frage. Es geht nur daraus hervor, daß alle die Angriffe, welche die Regierungspresse, natürlich sehr gegen den Willen des Reichskanzlers, vor den und während der Wahlen gegen die nationalliberale Partei erhoben hat, daß der Versuch, diese Partei aus dem Herzen des Herrn Reichskanzlers zu verdrängen, wirkungslos geblieben sind. Das Andiewanddrücken war nichts weiter wie Humbug, es hat sich herausgestellt, daß der Herr Reichskanzler diese Partei nicht an die Wand, sondern an's Herz drücken wollte. Wenn uns der Abg. v. Kleist den wohlgemeinten Rath gegeben, wir möchten doch in unserem eigenen Interesse der Regierung keine Opposition machen, so bedaure ich, diesen Rath nicht annehmen zu können. Ich habe Herrn v. Kleist und einige Wenige seiner Partei nur selten auf unserer Seite und die konservative Partei als solche niemals auf unserer Seite gesehen, selbst wo es sich um unsere vitalsten Interessen handelte. Und ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn es sich bei dem Kulturkampf nur um die katholische Kirche handelte, die Konservativen nicht den Finger für uns erheben möchten. (Sehr wahr! im Centrum.) Unsere Partei hat ein sehr festes, konservatives politisches Programm und wir werden uns zu demselben bekennen, mag der Kulturkampf beseitigt werden oder nicht. Dieses Programm ist von uns nicht durchlöchert und wird nicht durchlöchert werden. Man hat den Versuch gemacht, uns mit unseren Wählern zu entzweien. Dies Bemühen ist vergeblich. Wir werden treu zusammenstehen und ich bin sicher, daß es einen lauten Widerhall bei unseren Wählern findet, wenn wir uns dieser Vorlage gegenüber ablehnend verhalten. Denn wir sind auch jetzt wieder aufrichtig bemüht gewesen, die bürgerliche Freiheit zu retten. Ich habe den Eindruck, daß das kleine Kapital politischer Freiheit, welches wir mit hinübergenommen in das neue Reich, schneller verzehrt ist, als die Milliarden. (Sehr richtig!) Die Vorlage beschränkt nicht nur, sondern hebt auch eine ganze Reihe feierlich beschworener Verfassungsrechte auf. Wo bleibt denn die verfassungsmäßig garantirte Freiheit des Vereins-, Preß- und Versammlungsrechts? Wo bleibt die Bestimmung, daß Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf? Mit diesem Gesetze in der Hand den Reichstag auflösen, kann der Reichskanzler mit Leichtigkeit die Abgeordneten dominiren. Wir halten die Sozialdemokratie für die schlimmste verwerflichste Partei und wegen ihrer inneren Unwahrheit für die gefährlichste. Nach der religiösen Seite hin erkenne ich, daß in der Sozialdemokratie das moderne Christenthum Fleisch und Bein angenommen hat, und nach der wirthschaftlichen Seite hin die Vernichtung alles Privateigenthums und mit dieser Vernichtung der Kampf Aller gegen Alle angestrebt wird. Die christliche Lehre sagt: „Mein ist Dein!" die Sozialdemokratie sagt: „Dein ist Mein!" Will man dieses Uebel heilen, dann muß man an die Quelle gehen. Wo sitzt nun aber das Uebel? Eine Antwort darauf giebt Ihnen die „Nat.-Ztg." in ihrem diesjährigen Pfingstartikel. Man müsse die Bildung der oberen Zehntausend verbessern. Ja, m. H., man wird nothwendiger Weise die Bildung der oberen Zehntausend verbessern müssen, ich möchte sagen, die Sozialdemokratie ist in Wirklichkeit nur die Vollendung der ganzen jetzigen Entwickelungsperiode. Staat und Gesellschaft müssen wieder das Gottesgesetz zur obersten Richtschnur nehmen; erst wenn die zehn Gebote wieder in den Herzen der Menschen Wurzel gefaßt, erst dann wird das Leben der Fürsten wieder geschützt sein. Jeder von uns ist gewiß gern bereit, mit seinem eigenen Leben das theure Leben unseres Kaisers zu schützen, aber dieses Gesetz schützt es nicht. Ich bin der Meinung, daß, wer da glaubt, mit diesem Gesetze die Sozialdemokraten zu treffen, wer da glaubt, mit diesem Gesetze dem Vaterlande einen Dienst zu leisten, der irrt sich, es geht ihm wie dem Ritter Toggenburg:

> Und dann legt er froh sich nieder,
> Schläft getröstet ein,
> Still sich freuend, wenn es wieder
> Morgen werde sein!

(Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff erörtert die Gründe, welche seine Partei veranlaßt haben, den vorliegenden Kompromißanträgen zuzustimmen. Die Partei habe sich sagen müssen, daß die Ablehnung der Vorlage einen politischen Zustand herbeiführen würde, der in seinen Folgen sich nicht übersehen lasse. Um all diesen Stürmen entgegenzuwirken, habe sie sich entschlossen, auf die in der zweiten Lesung gestellten Anträge Verzicht zu leisten und für das Gesetz auch in einer anderen Fassung, als sie sie angestrebt, zu stimmen. Redner erklärt sich als entschiedener Gegner des Kulturkampfes, denn derselbe habe die Autorität untergraben und überhaupt zerstörend gewirkt. Aber er frage den Vorredner, ob die Haltung der Centrumspartei nicht geeignet ist, die versöhnlichen Verhandlungen mit Rom ernstlich zu gefährden? (Sehr richtig!) Er hoffe aber, daß die Abgg. Windthorst und Schorlemer die Führung der Partei nicht behalten werden.

Abg. Liebknecht: Ich weiß, daß die Würfel der Entscheidung bereits gefallen sind, das Gesetz wird angenommen werden. Es handelt sich hier um ein Gesetz, durch welches eine Million deutscher Staatsbürger politisch geächtet werden soll. Wie kann ein solches Gesetz gerechtfertigt werden? Man sagt, die Sozialdemokratie hat sich selbst außerhalb des Gesetzes erklärt, sie hat sich selbst in einen Ausnahmezustand gesetzt. Man hat die Sozialdemokratie für die Attentate verantwortlich gemacht, man hat diese letzteren zum Ausgangspunkt dieses Gesetzes gemacht. Wie verhält es sich nun aber um die Schuld, welche die Sozialdemokratie an diesem Attentate trägt? Eine halbe Stunde darauf, als der Schuß gefallen, gelangte von Friedrichsruh, wo sich damals Fürst Bismarck befand, das Telegramm hier ein: Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Ohne zu wissen, ob der Attentäter in Beziehung zur Sozialdemokratie gestanden, wurde dieser Mann derselben sofort an die Rockschöße gehängt. Alles wurde aufgeboten, um diesen einfachen Thatbestand zu verdunkeln. Wir haben die erste That aufgefaßt als die That eines verkommenen Menschen und so ist sie auch allerdings behandelt worden von der gesammten sozialdemokratischen Presse. Warum hat man denn nicht dem Professor Dr. Virchow den Schädel des Gerichteten zur wissenschaftlichen Untersuchung übergeben? Es hätte sich dann vielleicht gezeigt, daß das Henkerbeil erhoben worden, um das Leben eines Wahnsinnigen zu verkürzen. (Präsident von Forckenbeck hält diese Bemerkung für parlamentarisch unzulässig.) Alles, was über die Sozialdemokratie verbreitet worden, hat sich als Schwindel erwiesen; auch die Veröffentlichungen des „Tageblattes" sind als apokryph bezeichnet. Wenn wir an dem Attentate die Schuld trügen, dann würden wir dies Gesetz für gerechtfertigt halten. Können Sie uns aber keine Schuld nachweisen, dann schlagen Sie zu, aber verläumden Sie uns nicht. Verläumden Sie nicht eine Million deutscher Staatsbürger, machen Sie nicht eine Million Staatsbürger zu Meuchelmördern. Sagen Sie offen, Sie hassen uns, weil wir Ihre wirthschaftliche Politik zerstören wollen, aber klagen Sie uns nicht einer Schuld an, die nicht besteht. Verleumden Sie uns nicht! Glauben Sie, daß man konservativ oder nationalliberal sein muß, um einen Meuchelmord gegen einen achtzigjährigen Greis zu verabscheuen? Wir haben diese meuchelmörderische That ebenso gemißbilligt, wie Sie. Sie haben nur den Zweck verfolgt, das Volk zu verwirren, es zu erschrecken. Redner behauptet, daß die Auflösung des Reichstages nicht der Sozialdemokratie, sondern den Nationalliberalen gegolten. Nun ist Ihnen die Furcht in die Glieder gefahren!

Präsident: Nach meiner Ueberzeugung war dieser Ausdruck nicht in der Ordnung. Ich rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Redner fortfahrend: Aus Furcht vor dem rothen Gespenst opfert das deutsche Bürgerthum, soweit es durch die Nationalliberalen vertreten wird, die bürgerliche Freiheit. Wir aber werden die Freiheit, die Sie nicht schätzen, fort und fort vertheidigen; wir werden sie vertheidigen wie in der Vergangenheit so in der Zukunft, wie wir sie vertheidigten auch in einer Zeit, wo die Versuchung an uns herantreten wollte. Redner geht auf sein Verhältniß zur „Nordd. Allgem. Ztg." des Näheren ein und theilt mit, daß nach dem Eintritt des Fürsten in das Ministerium, mit welchem in der Haltung der „Nordd. Allgem. Ztg." sich sofort eine Schwenkung vollzog, ihm wiederholt die vortheilhaftesten Anerbietungen gemacht worden seien, um ihn für das Blatt zu erhalten. Man kannte seine radikale Sozialpolitik und doch habe man ihm vollständig carte blanche gegeben, die soziale Frage so zu behandeln, wie er (Redner) es wünschte. Er habe dieses Anerbieten zurückgewiesen, weil er sich nicht dazu hergeben wollte, eine Politik zu unterstützen, die dahin ging, die bürgerliche Freiheit zu unterdrücken. „Merken Sie sich das, Herr Abg. Bamberger!" ruft Redner, er habe dies Anerbieten zurückgewiesen, obgleich ihm in diesem Falle die Ausweisung aus Berlin in Aussicht gestellt war, zwei Jahre lang habe die Versuchung gedauert, ihn für diese Politik zu gewinnen. Er habe aber alle Angebote mit Verachtung zurückgewiesen und die Folge davon sei seine Ausweisung gewesen. Redner theilt dann weiter mit, daß Fürst Bismarck einem Parteigenossen von ihm, Namens Brehmer, zur Gründung einer Ziegelei 20,000 Thaler angeboten habe und daß demselben noch weitere Summen in Aussicht gestellt worden seien, wenn er sich bereit finden wollte, in Versammlungen darauf hinzuweisen, wie sehr Fürst Bismarck im Gegensatz zu den Liberalen für das Wohl des arbeitenden Volkes besorgt sei. Brehmer hatte dieses Anerbieten zurückgewiesen und die Moral sei: Vor zehn Jahren habe man ihm fast mit Gewalt regierungsseitig 20,000 Thlr. aufgedrungen und heute habe er sich gegen zehn Anklagen zu verantworten. — Wenn er nun die Vorgeschichte dieses Gesetzes verlasse und sich zu diesem selbst wende, so erkläre er vorweg, daß dieses Gesetz in seinem Einzelnen nicht zu kritisiren sei. Mit diesem Gesetz könne die Polizei Alles thun, Alles, was sie will, es sei die absolute Polizeiwillkür in demselben freigegeben. Das Gesetz werde unsere ganze Kultur zerstören; es werde nicht blos die Sozialdemokratie, sondern ebenso die liberalen Parteien treffen. Sozialistisch werde bald jeder Gedanke werden, der der Regierung mißliebig erscheint.

Abg. v. Helldorff erklärt, daß seine Partei im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf einen Theil ihrer ursprünglichen Forderungen verzichtet hätten, nachdem die nationalliberale Partei sich ebenfalls entgegenkommend gezeigt habe. Die konservative Partei habe nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollen, das Gesetz zu Falle zu bringen, sie werde deshalb für das Ganze stimmen. Sie habe die Pflicht übernommen, auf diesem Gebiete etwas Positives zu schaffen und er freue sich, daß die nationalliberale Partei ihre Unterstützung hierbei nicht versagt habe. Aber es sei nicht ausreichend, daß man blos diesmal etwas Positives schaffe, sondern man müsse auch in Zukunft auf diesem Standpunkt verharren und hoffe er, daß die Nationalliberalen auch dann mit den Konservativen gehen werden.

Abg. Lasker: Wenn der Rechtsstaat eine Wahrheit sein soll, so muß er auch für die Sicherheit des Staates zu sorgen im Stande sein. Man muß sich der politischen Nothwendigkeit zu beugen wissen und unter Umständen vom geraden Wege abweichen, selbst wenn uns der Weg gefällt. Ist zugestanden, daß die öffentlichen Zustände gefährdet sind, so würde der Staat seine Schwäche darthun zum Jubel der Feinde des Rechtsstaats, wenn er nicht im Stande wäre, wieder geordnete Zustände herzustellen. Redner kommt nun zur Untersuchung der Frage, ob denn gar nichts seit dem Mai geschehen sei. Jeder ohne Unterschied der Partei habe nach dem zweiten Attentate an nichts weiter gedacht, als wie man das Leben des Staatsoberhauptes zu schützen habe. Wenn eine Handlung mit Wunden und Lebensgefahr endet, namentlich bei dem Oberhaupte des Staates, dann gestalten sich die Anschauungen des Volkes ganz anders, als wenn ein Attentat spurlos vorübergehe. Oft genug habe ein großes Unglück zur Folge Umkehr und Umschau, ob man auf dem richtigen Wege sei. Wie im Leben des Einzelnen, so auch im Leben der Völker. Gerade das Unglück habe die Nachfrage angeregt, ob denn der deutsche Körper gesund sei. Von einem Ende Deutschlands bis zum anderen sei die Forderung laut geworden, den bestehenden gefährlichen Zuständen müsse Abhülfe geschaffen werden, die Verspottung des Rechtszustandes sei nicht länger zu dulden. Niemand sei ohne Wandlung geblieben, auch die Regierung nicht. Nach dem zweiten Attentat mußte der Staatsmann, der sich auf das Volk versteht, wie Keiner, wenn auch nicht in gutem Sinne, doch im Sinne der Zweckmäßigkeit sich sagen, jetzt sei der Moment der Auflösung, der Moment der Appellation an das Volk gekommen. Redner verbreitet sich sodann über den Inhalt des Gesetzes. Eine stumpfe Waffe dürfe man der Regierung nicht geben, sie muß im Stande sein, die umstürzenden, friedensgefährdenden Tendenzen, die sich in Presse und Vereine breit machen, niederzuhalten. Freilich werde von der Handhabung des Gesetzes Alles abhängen, es werde davon abhängen, ob es ein Gesetz des Friedens oder Zankes, des Hasses oder der Liebe, der Grausamkeit oder der Gerechtigkeit sein werde. Man habe gesagt, warum mache der Reichstag keine Opposition, warum gebe die Regierung nicht nach. Eine so zerklüftete Versammlung könne einer so starken Regierung keine Opposition machen. Von zwei Uebeln müsse man immer das kürzere wählen und das sei das Gesetz. So lebhaften Widerspruch auch die Annahme dieses Gesetzes in vielen Kreisen des Volkes finden werde, er sei überzeugt, daß die Auflösung noch einen viel umfangreicheren Widerspruch hervorrufen würde und deshalb stimme er für das Gesetz.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Frhr. von Schorlemer-Alst, Dr. Bamberger und Dernburg, dann tritt das Haus in die Spezialberathung.

§ 1 wird, nachdem Abg. Magdzinski Namens der Polen und Abg. Krüger-Hadersleben Namens seiner nordschleswigschen Wähler gegen dieses Gesetz Protest erhoben, nach den Beschlüssen der 2. Lesung genehmigt.

Bei § 1a., der von den eingetragenen Genossenschaften und den eingeschriebenen Hülfskassen handelt, erhebt sich eine längere Debatte, in welcher Abg v. Goßler einen von ihm gestellten Antrag vertheidigt, demzufolge die Hülfskassen unter die beschränkenden Stimmen dieses Gesetzes fallen sollen.

Abg. Fritzsche erklärt sich gegen diesen Antrag und für eine humanere Behandlung dieses Kassenwesens.

Abg. Schulze spricht ebenfalls gegen den Antrag, ebenso Abg. Rickert, der im Interesse der Entwickelung eines segensreich wirkenden Instituts bei den Beschlüssen der 2. Lesung stehen zu bleiben bittet.

Staatsminister Graf zu Eulenburg befürwortet das Amendement Goßler zur Annahme. Die Unterstellung der Hülfskassen unter die Bestimmungen dieses Gesetzes liege sogar im Interesse dieser Kassen selbst. Zum Schluß versichert der Minister, daß das Gesetz mit der vollsten Loyalität, aber auch mit dem vollsten Ernst, der allein das Gelingen und die Wirksamkeit des Gesetzes ermögliche, zur Ausführung gelangen werde.

Abg. Delbrück erklärt sich für das Amendement Goßler, indem er die Hülfskassen ausdrücklich von dem Genossenschaftswesen getrennt wissen will.

Abg. Hauck fragt an, ob die Hülfskassen in Baiern ebenfalls den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegen.

Minister Graf zu Eulenburg kann eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, hält dies aber für selbstverständlich.

Die Diskussion wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag von Goßler abgelehnt und § 1a. unverändert genehmigt.

§ 1aa. wird mit einem unwesentlichen Amendement Schulze angenommen.

§§ 1b. und 1c. werden genehmigt.

Bei § 2, der von der Zuständigkeit des Verbots von Vereinen handelt, nimmt Abg. Dr. von Niegolewski das Wort, um dieses Gesetz als ein tyrannisches zu bezeichnen, das Deutschland zur Schmach gereichen werde. Man lege die ganze Gewalt in die Hände des Reichskanzlers. Er beklagt sich darüber, daß die polnischen Zeitungen auf den

[illegible] nicht mehr ausgegeben werden dürfen und über das Verhalten der deutschen Presse, die er als eine niederträchtige bezeichnet.

§ 2 wird hierauf unverändert genehmigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Schluß $5\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der 3. Berathung des Sozialistengesetzes.

Deutschland.

** **Berlin**, 18. Oktober. Das Todesurtheil gegen den wegen Raubmordes verurtheilten Thürolf ist durch allerhöchste Ordre vom 9. d. Mts. auf Grund des von dem Justizminister erstatteten Berichts und in Gemäßheit des in diesem Bericht gestellten Antrages in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Der Antrag des Justizministers auf Umwandlung der Strafe kann nach Lage der Sache nur dadurch begründet sein, daß vom juristischen Standpunkt der Beweis, das Verbrechen verübt zu haben, gegen Thürolf nicht vollständig geführt ist. In solchen Fällen aber ist nicht blos unter der Regierung des jetzigen Königs, sondern wohl jeder Zeit die Vollziehung des Todesurtheils unterblieben. Der Kronprinz zumal konnte in seiner stellvertretenden Regierung nach der allseitigen Lage der Verhältnisse einen Entschluß gegen den Antrag des Justizministers nicht wohl treffen.

Die Frage der Verlegung des Oberpräsidiums der Provinz Schleswig-Holstein von Kiel nach Schleswig wird in der That, wie mehrere Blätter richtig melden, demnächst im Staatsministerium zur Entscheidung kommen. Was aber dieselben Blätter über die Stellung der einzelnen Minister, besonders des Fürsten Bismarck, zur Frage zu wissen meinen, ist falsch.

Die „Berliner Freie Presse" kündigt heute an, daß ihre Partei, wenn sie die schriftstellerischen Produkte der Sozialdemokratie nicht mehr vertreiben können, die Untergrabung doch fortsetzen werden, und zwar durch Verbreitung der Klassiker und der Bibel, welche gleichfalls sozialdemokratische Ideen enthielten. Sie citirt einzelne Stellen aus den „Räubern", „Wilhelm Tell" und Jesus Sirach. Dieser Humor mahnt indeß stark an Galgenhumor. Wenn die Sozialdemokratie wirklich zu dem Entschluß käme, für die Verbreitung der Klassiker im Volke zu wirken, oder gar Filialen der Bibelgesellschaft zu bilden, so wäre das eine höchst erwünschte Folge des neuen Gesetzes.

— Wie der „Berl. Act." berichtet, liegt es in der Absicht des Handelsministers, ein Organ ins Leben zu rufen, das nach Analogie des deutschen Landwirthschaftsraths berufen sein werde, der Centralverwaltung der preußischen Eisenbahnen mit seinen Erfahrungen und Rathschlägen zur Seite zu stehen. Die Vorverhandlungen sind, wie genanntes Blatt hört, nunmehr so weit abgeschlossen, daß die Absicht in der nächsten Zeit zur Verwirklichung gelangen dürfte. Es wird, und zwar zunächst auf administrativem Wege, um eine definitive Regelung der Angelegenheit im Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung an der Hand der inzwischen zu sammelnden Erfahrungen vorzubereiten, ein Landes-Eisenbahnrath eingesetzt werden, bestehend aus Vertretern des Handels, der Landwirthschaft, der Industrie und des Eisenbahnwesens, der in allen wichtigen Verkehrsfragen gehört werden soll und vorläufig gewissermaßen die Aufgabe einer fortlaufenden Enquete für das Eisenbahnwesen haben wird. Das bezügliche Reglement wird demnächst veröffentlicht werden und wird die neue Einrichtung voraussichtlich schon mit dem 1. Januar 1879 in Wirksamkeit treten.

Provinzielles.

Stettin, 19. Oktober. Zu Delegirten für die Herbst- und nächste Frühjahrs Central-Versammlung sind vom „Stettiner Zweigverein der pommerschen ökonomischen Gesellschaft" die Herren v. d. Osten-Blumberg, Robbe-Pinnow, Heydemann-Tantow und Zitelmann-Jasenitz gewählt worden.

— Wir machen darauf aufmerksam, daß nach dem Reichs-Impfgesetz alle während des vorigen Jahres geborenen noch nicht geimpften Kinder bei Vermeidung einer Geldstrafe von eventuell 50 Mark noch vor Ablauf dieses Jahres geimpft werden müssen.

— Dem Gymnasial-Oberlehrer a. D., Professor Berndt zu Stolp, ist der rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen.

— Die Königliche Regierung hierselbst hat unterm 5. d. M. nachstehende Bekanntmachung erlassen: „Laut § 30 Absatz 2 der Verordnung vom 15. Mai 1877, betreffend die Ausführung des Fischereigesetzes in der Provinz Pommern, muß an jedem zur Küstenfischerei benutzten Fahrzeuge beim Vordersteven am äußeren Backbord und beim Hintersteven am äußeren Steuerbord der Vor- und Zuname und der Wohnort des Besitzers mit vertieften, mit weißer Oelfarbe auf schwarzem Grunde eingestrichenen Buchstaben von mindestens 6 Centimeter Höhe eingeschnitten sein. Die Grenze der Küsten- und Binnenfischerei in der Oder ist im § 1 a. a. O. bestimmt und wird im Hafengebiet der Stadt Stettin durch die Unterbaumbrücke, weiterhin durch den Chausseedamm zwischen Stettin und Alt-Damm derart gebildet, daß alle nördlich belegenen Theile der Oder und ihrer Nebengewässer, das Haff und seine Ausflüsse in die Ostsee u. s. w. dem Gebiet der Küstenfischerei zugewiesen sind. Die Vorschrift des § 30 a. a. O. ist von Seiten der Fischerei-Interessenten des diesseitigen Verwaltungs-Bezirks indessen bisher häufig unbeachtet geblieben. Die Betheiligten werden deshalb hierdurch auf diese gesetzliche Bestimmung mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß Zuwiderhandlungen nach § 33 a. a. O. mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft werden."

— Auf Grund der Bestimmung der § 29 der Gewerbeordnung veröffentlicht der „Reichsanzeiger" ein Verzeichniß derjenigen Aerzte, Zahnärzte, Thierärzte und Apotheker, welche während des Prüfungsjahres 1877/78 von den zuständigen Behörden die Approbation erlangt haben. Aus hiesiger Stadt befinden sich darunter: Aerzte: Erdmann Lietzmann (verstorben). Zahnärzte: Julius Gutmann. Apotheker: Bernhard Blaffert und Max Windel.

— Unsere Notiz im gestrigen Abendblatte müssen wir dahin berichtigen, daß die „Reuter-Vorlesung" des Herrn Wilhelm Bachmann (nicht Radmann) und zwar am Montag Abend $7\frac{1}{2}$ Uhr im Saale des Wolff'schen Gartens stattfindet.

Greifswald, 18. Oktober. An unserer Universität waren im Sommersemester 1878 immatrikulirt: Theologen: 56, Juristen: 90, Mediziner: 236, Philosophen: 148, in Summa 530 Studirende. Davon sind in den resp. Fakultäten abgegangen: 18, 35, 52, 44, in Summa 149, so daß am Beginne des Wintersemesters 381 Immatrikulirte verblieben sind. Bei der gestern stattgehabten ersten Immatrikulation wurden immatrikulirt: 2 Theologen, 4 Juristen, 8 Mediziner, 10 Philosophen, in Summa 24 Studenten, so daß die Zahl der Immatrikulirten heute 405 beträgt. — Die nächste Immatrikulation findet am nächsten Donnerstag, den 24. Oktober, Nachm. 4 Uhr, statt.

Stadt-Theater.

Fest-Vorstellung. Jubel-Ouvertüre von C. M. von Weber. — Prolog von Ferd. Richter. — „Minna von Barnhelm" oder „Das Soldatenglück" von Gotth. Ephraim Lessing.

Der korrekt und sauber vorgetragenen, allgemein beliebten nationalen Jubel-Ouvertüre von C. M. v. Weber folgte in der zur Feier des Geburtsfestes unseres Kronprinzen veranstalteten Fest-Vorstellung am Freitag ein von Herrn Ober-Regisseur Richter ebenso schwungvoll als patriotisch und sinnig gedichteter Prolog, den Frl. Warzaska mit lieblicher, klarer und meist richtig accentuirter Stimme dem ziemlich zahlreich versammelten Publikum zu Gehör brachte. Die Ernte des ihr reichlich gespendeten Beifalls wird sie wohl mit dem Dichter zu theilen geneigt sein! Hierauf folgte Lessing's Meisterwerk: „Minna von Barnhelm". Die Wahl des Stückes ist eine lobenswerthe, da ja der echt nationale Stoff desselben der Bedeutung des Tages entsprach. Daß ein Hauptzug unseres geistreichen und scharfsinnigen Lessings darin bestand, seine Werke ohne große verwickelte Handlungen zu dichten, vielmehr durch Vorführung edler, aus dem Leben gegriffener Charaktere und naturwahrer Situationen auf Geist und Gemüth des deutschen Volkes zu wirken, das Joch der ausländischen, besonders französischen Herrschaft abzuschütteln und deutschen Geist zur gebührenden Anerkennung und Würdigung zu bringen, ist allbekannt und ihm längst zu einer gerühmten Tugend geworden. Wenn Lessing sich selbst nie als Dichter anerkannt wissen wollte, so haben doch gerade erwähnte Eigenschaften, die auch in „Minna von Barnhelm" leuchtend hervortreten, ihn zu einem nationalen Dichter gestempelt, den Deutschland als solchen anzuerkennen und zu bewundern nie aufhören kann und wird! So treten auch in der höchst einfachen, aber nicht minder ansprechenden und fesselnden Handlung jenes besten seiner Lustspiele eigentlich nur „gute" Menschen auf, wenn man nicht den verschmitzten, etwas egoistischen Wirth zu den „schlechten" rechnen will! Alle sind auf das Eifrigste bemüht, das Loos des ebenso edlen, als tapferen Majors von Tellheim zu verschönen. Die Titelrolle lag wohlverwahrt in den Händen des Frl. Friedhoff. Wir haben schon wiederholt auf die großen Vorzüge hingewiesen, die der junonischen Gestalt dieser jungen Dame eigen sind und sie auch hier wieder auf das Angenehmste und Vortheilhafteste unterstützten. Es genüge, daß ihre „Minna" eine schöne, abgerundete Leistung war. Sie mag uns indeß die kleine Nebenfrage erlauben, ob es nicht angebrachter sein dürfte, zukünftig im vierten Akt statt des unangenehm berührenden, unwillkürlich auffallenden: „Das ist, ein ehrliches Mädchen, die Sie liebt" zu sprechen: „Das ist, ein ehrliches Mädchen, das Sie liebt?" Man mag uns darauf entgegnen, daß Lessing's Original im ersteren Sinne lautete, indeß möchten wir jene zeitgemäße Korrektur für kein Verbrechen halten! Der „Tellheim" des Herrn Brüning gelang recht gut, etwas weniger Pathos und ein wenig mehr Gefühl würde ihm jedoch sehr zu Statten gekommen sein. Der Wirth des Herrn Hirthe wie die „Dame in Trauer" des Fräul. Frenzel waren recht annehmbare Bietungen. Wenn wir bei der im Ganzen gut gelungenen Darstellung des Riccaut de la Marlinière etwas an Herrn Grünberger — zum ersten Male! — auszusetzen haben, so ist es nur die oftmals recht undeutliche und falsch prononcirte Aussprache des französischen Textes seiner Partie. Frl. Hennies erfreute uns wieder durch ihren allerliebsten, naiv-heiteren Ton und ihr schelmisches Spiel. Sie gab die Franziska in liebenswürdigster sympathisch berührender Weise. Ganz vorzügliche Leistungen boten die Herren Linzen und Richter. Das stereotype „Frauenzimmerchen" des Paul Werner brachte Herr Linzen in höchst gelungener Art zu Gehör und hielt mit diesen winzigen Wörtchen die Heiterkeit des animirten Auditoriums in steigender Spannung. Der alte biedere, ehrliche Just kam durch Herrn Richter höchst wahrheitsgetreu zur Darstellung. Zu dem erfreulichen Erfolg des Stückes trug das treffliche Ensemble und die thätige Regie nicht wenig bei, doch sollte man sich hüten, die gute Harmonie nicht absichtlich durch ein mißtönendes Organ zu stören. Auch die Nebenpartien sind wichtig und verlangen, soll das Ganze nicht darunter leiden, in einigermaßen guten Händen zuruhen. So hätten wir den Diener des Herrn Herb viel lieber in besserer Vertretung gefunden. Ein guter Schauspieler hat sich nicht zu schämen, wenn er einmal als „Diener" und nicht als „Held" auf dem Theaterzettel figurirt. Mögen diese Worte nicht unbeachtet bleiben!

H. v. R.

Vermischtes.

— Daß Stettin endlich anfängt, in einzelnen Industriezweigen sich von den anderen Städten unabhängig und mehr selbstständig zu machen, wird jedem Stettiner zur Freude gereichen. Während man in vielen Zweigen früher die Waaren in fertigem Zustande von außerhalb gewöhnlich zu einem höheren Preise bezog, haben einzelne Geschäfte endlich angefangen, sich mehr auf eigene Füße zu stellen, ihre Waaren hier anfertigen zu lassen und, wie sich herausgestellt hat, mit bestem Erfolge. Abgesehen davon, daß sich die Fabrikation hier billiger stellt und dem Publikum dadurch Gelegenheit zu billigerem Einkauf gegeben wird, ist es für uns von besonderem Werthe, daß vielen Stettinern dadurch Beschäftigung und Verdienst gewährt wird. Eine Branche, die sich hierin besonders hervorthut, ist die Fabrikation von Mänteln für Damen und Kinder, die jetzt hier großen Umfang angenommen. Unsere hierin sehr scharfsichtigen Damen rühmen besonders das bessere Sitzen und die geschmackvolleren Facons derartiger Mäntel und müssen wir ihnen darin beistimmen. Einer besonderen Vorliebe Seitens unserer Damenwelt soll sich ein noch ziemlich junges Geschäft dieser Branche, nämlich das von Gustav Feldberg, Schulzenstraße 21, zu erfreuen haben. Wir hatten Gelegenheit, die sehr umfangreichen Werkstätten desselben in Augenschein zu nehmen und waren erstaunt über die Eleganz der einzelnen Sachen und über die Geschicklichkeit, mit welcher die Zuschneider für jede Figur gutsitzende Mäntel liefern.

— (Ein durchgebrannter Luftballon.) In Woolwich, auf dem Versuchsfelde des englischen Kriegsministeriums, herrschte am jüngsten Dienstag große Aufregung. Eine aus höheren Offizieren bestehende Kommission war eben mit der Prüfung der Leistungsfähigkeit von Luftballons bei ihrer Verwendung für militärische Zwecke beschäftigt, als ein plötzlicher heftiger Windstoß die 20 Mann Marinesoldaten, welche den mit 24,000 Kubikfuß Gas gefüllten, 60 Fuß hohen Ballon an Tauen hielten, umriß und der Ballon selbst kerzengerade in die Luft stieg. Die Gondel war glücklicherweise noch nicht befestigt, der ganze Ballast bestand aus vier Säcken Sand, welche man einstweilen angebunden hatte und die nun ein Umschlagen des Kolosses verhinderten. Bis zum späten Abend konnte man bei der inzwischen eingetretenen Windstille mit Hülfe von Fernrohren den Ballon als winzigen Punkt beobachten. Man hofft, daß nach einigen Tagen das Gas verflüchtigt sein und der Ballon dann fallen wird. Seine Herstellung hat 3000 Mark gekostet.

— (Aus der Kinderstube.) Lieschen: „Um wie viel Uhr bin ich auf die Welt gekommen, Mama?" — Mama: „Um zwei Uhr Morgens, mein Kind!" — Karlchen: „Und ich, Mama, wann bin ich geboren?" — Mama: „Um acht Uhr Morgens." — Lieschen (triumphirend): „Siehst Du, Karlchen, mein Geburtstag ist länger als der Deinige!" Karlchen (einen Moment stumm, dann geringschätzend): „Ja, aber was nutzt es denn auf die Welt zu kommen, noch lange bevor man überhaupt aufsteht!"

— Wie die Pariser Blätter melden, dauert die Untersuchung über „das Geheimniß der Chatou-Brücke" fort, ohne bis jetzt zu einem Resultate gelangt zu sein. Man hat weder den angeblichen Roman, noch die Leiche des Erschossenen gefunden. Dagegen gelang es, zwei frühere Freunde Regalewski's zu entdecken; beide sind Polen und arbeiten in der Kautschukfabrik von Bezons. Dieselben sind gestern vernommen worden, über ihre Aussagen ist indeß noch nichts Zuverlässiges bekannt. Unterdessen machen die seltsamsten Erzählungen die Runde. Man will wissen, Regalewski habe sich gar nicht getödtet, andere behaupten, er habe sich freilich getödtet, aber nicht aus unglücklicher Liebe zu Bella; er habe, als er von Bella's Eltern abgewiesen worden war, ein anderes Verhältniß angefangen und erst als er auch mit diesem nicht an's Ziel kam, erschoß er sich, nicht ohne zuvor Bella mitgetheilt zu haben, daß er aus Liebe zu ihr in den Tod gehe. Eine überraschende Meldung bringt der „Gaulois." Das Blatt behauptet, Bella sei im Gefängnisse von einem Arzt geprüft worden und dieser habe erklärt, die Heldin von Chatou leide in hohem Grade an hysterischer Verrücktheit und habe die ganze Geschichte erfunden. „Figaro" erwähnt dies gleichfalls, weiß aber auf Grund seiner Verbindungen mit der Polizei, daß nichts Wahres daran ist. Der Hausarzt der Familie von H., eine bekannte und geachtete Persönlichkeit in Saint-Germain, habe bei seiner Vernehmung angegeben: „Ich weiß, daß Bella ein wenig exaltirt ist, aber sie ist bei weitem nicht närrisch. Ueberdies habe ich sie noch nie lügen hören; wenn sie gesagt hat, sie habe auf einen Mann geschossen, so hat sie es auch wirklich gethan." Für die sonstige Ehrenhaftigkeit der jungen Dame erklärte der Arzt gleichfalls jede Bürgschaft übernehmen zu können. Der beste Beweis aber, daß es sich um keine Einbildung handelt, sind die bei den Akten liegenden Briefe des angeblichen Roman. Gleich die ersten Briefe, die Bella vor einigen Monaten erhielt, brachte sie dem Polizei-Kommissar Roussel in Saint-Germain. Dieser war der Ansicht, daß es sich um eine grobe Erpressung handle, und gab ihr den Rath, ihn zu benachrichtigen, wenn man ihr eine Zusammenkunft vorschlage. Er gedachte mit seinen Leuten gleichfalls zu erscheinen und den namenlosen Briefschreiber festzunehmen. Unglücklicherweise zog es Bella vor, das romantische Abenteuer allein zu bestehen. Jetzt muß sie es zu spät bereuen.

— Der Zug von Paris nach Versailles soll in fünf Minuten abgehen. Ein Herr steigt eilig in ein Coupee erster Klasse, die brennende Cigarre im Munde. Im Begriffe, sich zu setzen, sieht er sich einer älteren Dame gegenüber und will eben als Mann von guter Erziehung die Cigarre zum Fenster hinauswerfen, als er von der Dame hart angefahren wird: „Wissen Sie nicht, daß es nicht gestattet ist, in einem Coupee zu rauchen, in dem Damen sich befinden?" „Mein Gott", erwiedert der Herr, „Sie sehen, ich war eben im Begriff, Ihren Wünschen zuvorzukommen, indessen werde ich Sie überhaupt nicht weiter behelligen" — und verläßt mit stummer Verbeugung sein Gegenüber. Aergerlich nimmt er auf der Plattform eines Wagens dritter Klasse Platz und dampft seine Havannah. Da setzt sich neben ihn ein zerlumpter, nach Zwiebeln riechender Kerl. „Mein Freund," wendet er sich an denselben, „bist Du schon einmal erster Klasse gefahren?" „Niemals." „So komm, ich habe hier ein überflüssiges Billet, das ich nicht verfallen lassen möchte, Du kannst's benutzen." Und er führt ihn an das eben verlassene Coupee, weist ihm den Platz an und schlägt die Thüre zu. Im nächsten Augenblick ging der Zug ab. Bis Versailles wurde an keiner Station gehalten.

Viehmarkt.

Berlin, 18. Oktober. Es standen zum Verkauf: 304 Rinder, 902 Schweine, 826 Kälber, 430 Hammel.

Rinder und Schweine hinterließen bei mattem Geschäft verhältnißmäßig starken Ueberstand; erstere Viehgattung, die nur in geringerer Waare am Platze war, erhielt je nach Qualität 38—48 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht, letztere 40—50 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Kälber konnten den hohen Preis des verflossenen Montags heute nicht erreichen, waren vielmehr nur langsam zu 50—60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht verkäuflich.

Der geringe Auftrieb von Hammeln, der beste Waare nicht enthielt, wurde in nicht zu langer Zeit, durchschnittlich zu 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht geräumt.

Telegraphische Depeschen.

Birnbaum, 18. Oktober. Die Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts hat heute den Kardinal Grafen Ledochowski wegen wiederholter Vergehen gegen die Kirchengesetze zu einer Geldbuße von 15,000 M. event. zu 2 Jahren Gefängniß und außerdem wegen Beleidigung der Regierung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wien, 18. Oktober. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Athen von gestern: Der Ministerpräsident Comunduros hat heute in der Kammer die Vertrauensfrage gestellt, der Führer der Opposition, Trikupis, dagegen hat den Antrag eingebracht, den von der Regierung geforderten Kredit von 12 Millionen abzulehnen, die Armee-Reserven zu entlassen und alle militärischen Vorbereitungen zu sistiren.

Seitens der diplomatischen Vertreter der europäischen Mächte werden die Bemühungen, eine Verständigung zwischen Griechenland und der Türkei herbeizuführen, energisch fortgesetzt.

Aus Konstantinopel von heute: Die internationale Kommission für Ostrumelien hat ihren Zusammentritt in Philippopel auf spätestens den 26. d. M. festgesetzt und will dort über die Frage der Uebernahme der Finanz-Organisation von Ostrumelien die weitere Entschließung treffen. Die Pforte beschloß die Entsendung einer militärischen Kommission in das Rhodope-Gebirge, welche die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen bestimmen soll.

Aus Belgrad von heute: Der für die Grenzregulirungs-Kommission bestimmte türkische Delegirte ist hier eingetroffen. Auf ein von Oesterreich ergangenes Ersuchen hat sich die serbische Regierung beeilt, die in Serbien weilenden bosnischen Flüchtlinge, welchen die straffreie Rückkehr zugesichert wurde, in ihre Heimath zu senden.

Haag, 18. Oktober. Beide Kammern haben heute zu der Vermählung des Königs mit der Prinzessin Emma von Waldeck und Pyrmont ihre Zustimmung ertheilt.

Kopenhagen, 18. Oktober. Dem Journal „Dagens Nyhedes" zufolge wird der Herzog von Cumberland demnächst zum Besuch der Königlichen Familie hier erwartet. Gutem Vernehmen nach soll alsdann die Verlobung desselben mit der Prinzessin Thyra erfolgen.

Konstantinopel, 18. Oktober. Die Uebergabe von Vranja an Serbien und von Kossina an Montenegro hat nunmehr stattgefunden.

Bombay, 18. Oktober. Die „Times of India" erfährt, daß der von dem Vicekönig von Indien an den Emir von Afghanistan abgesandte Emissär zurückgekehrt sei. Die von demselben überbrachte Antwort des Emirs sei unbefriedigend. Die Mahmunds seien in der Loyalität gegen den Emir von Afghanistan getheilt, Nourog Khan habe sich erboten, den Engländern beizustehen. Wie es heißt, kämen bei der afghanischen Armee täglich Desertirungen vor, angeblich wegen Mangels an Nahrung, Kleidung und Sold.

Newyork, 18. Oktober. Der Dampfer „John Bramhall" ist mit einer Ladung Waffen und Munition im Werthe von einer Million Dollars nach der Türkei in See gegangen.